

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 17 (1970)
Heft: 3

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunia

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet
L'Office fédéral de la protection civile communique
L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Kreisschreiben an die kantonalen Zivilschutzstellen

Nr. 144 vom 16. Januar 1970
Ausbildung im Verwaltungs- und Verpflegungsdienst pro 1970

Im laufenden Jahr sind im Verwaltungs- und Verpflegungsdienst folgende Kurse vorgesehen:

1. Kantonsinstruktorenkurs Verwaltungsdienst

Kurs VI
für deutsch-, französisch- und italienischsprachende Teilnehmer
vom 27. April bis 2. Mai 1970 in Bern
Die Voranmeldung der Anzahl Teilnehmer hat auf Formular «Teilnehmerliste» bis 10. Februar 1970 zu erfolgen; es sind nur Teilnehmer zu melden, die einen kantonalen Rechnungsführerkurs mit Erfolg bestanden haben und später für die Ausbildung von Rechnungsführern eingesetzt werden.

2. Grundkurse für Rechnungsführer aus der Armee

Gestützt auf Art. 69 Abs. 4 ZGB beabsichtigen wir im Einvernehmen mit der Armee und dem Schweizerischen Fourierverband im Sinne einer einheitlichen Umschulung von kurzer Dauer folgende Kurse durchzuführen:

Kurs I
für deutsch-, französisch- und italienischsprachende Teilnehmer
vom 10. bis 12. Juni 1970 in Bern

Kurs II
für deutsch-, französisch- und italienischsprachende Teilnehmer
vom 4. bis 6. November 1970 in Bern
In diese Kurse können aufgeboden werden die im Zivilschutz eingeteilten und für die Rechnungsführung vorgesehenen:

- Fouriere und
- HD-Rechnungsführer, die eine Fourierschule absolviert haben.

Nicht in diese Kurse aufzubieten sind die übrigen Rechnungsführer der Armee, die keine Fourierschule bestanden haben; sie sind in den sechstägigen kantonalen Rechnungsführerkursen auszubilden.

Anmeldungen auf Formular «Teilnehmerliste»:

für Kurs I: bis 15. April 1970
für Kurs II: bis 15. September 1970

3. Kantonsinstruktorenkurs für Küchenchefinstruktoren

Dank dem Entgegenkommen des Oberkriegskommissariates sind wir in der Lage, einen ersten solchen Kurs wie folgt durchzuführen:

Kurs I
für deutsch-, französisch- und italienischsprachende Instruktorenanwärter
vom 7. bis 11. Dezember 1970 in Bern

Als Teilnehmer kommen nur qualifizierte Personen in Frage, wie Militärküchenchefs, Gewerbefachlehrer für den Kochdienst, Lehrerinnen von Haushaltungsschulen, Lehrpersonal von Hotelfachschulen, Hoteliers oder Restaurateure, die für die Instruktion geeignet sind.

Grundsätzlich wird pro Kanton und Sprachgebiet je ein Platz reserviert. Die Teilnehmer sind uns bis zum 1. Oktober 1970 auf Formular «Teilnehmerliste» zu melden.

Nr. 145 vom 27. Januar 1970

Militärpflichtersatz; Meldung der Wehrpflichtigen, die im Jahr 1969 sechs oder mehr Tage Schutzdienst geleistet haben

1. Da bisher die meisten Wehrpflichtigen, die in einem Kalenderjahr Schutzdienst oder Nothilfe geleistet haben, nicht in den Genuss der in Art. 76 Abs. 1 ZSV vorgesehenen Reduktion der Militärflichtersatzabgabe gelangen konnten, weil ihre Schutzdienstleistung im Kalenderjahr nicht die erforderliche Mindestdauer von 12 Tagen erreichte, hat der Bundesrat am 15. Dezember 1969 eine Aenderung der Verordnung über den Zivilschutz beschlossen.

Um diesen Wehrpflichtigen weiter entgegenzukommen, vor allem wenn es sich um Vorgesetzte, Spezialisten oder Instruktoren handelt, wurde Artikel 76 Abs. 1 ZSV in dem Sinne abgeändert, dass bereits eine Dienstdauer von mindestens sechs Tagen zu einer Ermässigung der Ersatzabgabe um die Hälfte führt und bei einer Dienstdauer von mindestens zwölf Tagen diese Abgabe gänzlich dahinfällt.

Der vorgenannte Bundesratsbeschluss wird im MZS Nr. 11 veröffentlicht werden. Er trat am 19. Dezember 1969 in Kraft und hat die ersten Absätze der Artikel 76 und 77 ZSV wie folgt abgeändert:

Art. 76 Abs. 1

¹ Der Wehrpflichtige, der in einem Kalenderjahr Schutzdienst oder Nothilfe von mindestens sechs Tagen Dauer geleistet hat, schuldet nur die Hälfte

der nach den Vorschriften des Bundesgesetzes vom 12. Juni 1959 über den Militärflichtersatz berechneten Ersatzabgabe dieses Jahres. Hat er in einem Kalenderjahr solchen Dienst von mindestens zwölf Tagen Dauer geleistet, so schuldet er keine Ersatzabgabe.

Art. 77 Abs. 1

¹ Die Gemeinden melden am Anfang eines jeden Jahres der Militärflichtersatzverwaltung ihres Kantons die Wehrpflichtigen, die in einer ihrer Schutzorganisationen oder in einer selbständigen Kriegsfeuerwehr eingeteilt waren und während des abgelaufenen Jahres im Schutzdienst oder in der Nothilfe mindestens sechs oder mindestens zwölf nach Artikel 76 Absatz 3 anrechenbare Dienstage geleistet haben.

2. Es sind somit diejenigen Wehrpflichtigen (Dienst- und Hilfsdienstpflichtige, Dienstuntaugliche) der Jahrgänge 1919 bis 1949 zu melden, die im Jahr 1969 *als Eingeteilte* einer Zivilschutzorganisation oder einer selbständigen Kriegsfeuerwehr *mindestens sechs Dienstage* im Zivilschutz geleistet haben. Zur Anrechnung gelangen alle Dienstage in Kursen, Uebungen oder an Rapporten, *jedoch nur insofern für diese Dienstleistungen die Vergütung nach Art. 46 ZSG und gemäss Bundesratsbeschluss vom 24. Oktober 1967 über die Funktionsstufen und Vergütungen im Zivilschutz entrichtet wurde.*

3. Für die auf Grund von Artikel 77 Absatz 2 ZSV auszufertigenden Meldungen können die Formulare Nr. 408.241 beim Bundesamt für Zivilschutz angefordert werden. Beim Ausfüllen des Formulars hat die Gemeinde die zu berichtigende Fussnote (sechs statt zwölf *anrechenbare Dienstage*) zu beachten. Mit Rücksicht auf die grossen Vorräte wird vorläufig von einem Neudruck des genannten Formulars abgesehen.

4. Die Gemeinden erstellen das Formular Nr. 408.241 über alle gemäss Ziffer 2 hiervor in Frage kommenden *Wehrpflichtigen, die am 31. Dezember 1969 auf ihren Gebieten Wohnsitz hatten.*

Die ausgefüllten Formulare sind je einem Exemplar *bis spätestens 16. Februar 1970* der kantonalen Zivilschutzstelle zuzustellen. Diese leitet die Formulare unverzüglich an die Militärflichtersatzverwaltung ihres Kantons weiter.

5. Wir machen im weitem darauf aufmerksam, dass der eingangs erwähnte Bundesratsbeschluss auch auf wehrpflichtige Personen anwendbar ist, die als Angehörige einer Betriebsschutzorganisation gemäss ZSBV Schutzdienst geleistet haben. Die im revidierten Art. 76 statuierte Reduktion der Ersatzabgabe geht der Verfahrensvorschrift von Art. 15 ZSBV vor. Die heutige Fassung wird bei der nächsten Gelegenheit entsprechend geändert werden.

Demzufolge füllen die Betriebsschutzstellen gemäss ZSBV die Formulare 408.24 auch für die Wehrpflichtigen ihres Betriebsschutzes aus, die *mindestens sechs Tage Zivilschutzdienst* geleistet haben, und senden je ein Exemplar *bis spätestens 16. Februar 1970* direkt an die zutändige Militärflichtersatzverwaltung des Kantons, in welchem der Wehrpflichtige Wohnsitz hat.

Nr. 146 vom 28. Januar 1970

Zivilschutz-Information

I

Die Erlasse und andern wichtigen Bekanntmachungen auf dem Gebiet des Zivilschutzes werden im Mitteilungsblatt veröffentlicht und damit allen Interessenten zugänglich gemacht.

Daneben werden im Bundesamt auf Anfragen hin laufend einzelne Rechtsfragen behandelt, die meistens für alle Kantone und Gemeinden von praktischer Bedeutung sind. Besonders zur Schaffung und Ergänzung einer Sammlung von Unterlagen für die Aufklärung soll für die in Frage kommenden Träger der Information in zwangloser Folge eine zusätzliche Dokumentation aufgebaut werden.

Diese beiden wichtigen Kategorien von Informationen sollen durch die Abgabe einer im Loseblattsystem vorbereiteten Sammlung von Unterlagen geliefert werden. Die «Zivilschutz-Information» genannte Dokumentation liegt deutsch, französisch und italienisch vor.

In Abständen von etwa drei bis vier Monaten werden den Empfängern der «Zivilschutz-Information» weitere Blätter zugestellt.

II

Berechtigt zum Empfang der «Zivilschutz-Information» sind:

- a) die kantonalen Zivilschutzstellen in einer von ihnen zu bestimmenden Anzahl von Exemplaren
- b) die organisationspflichtigen Gemeinden, 1 Exemplar
- c) die Ortschefs, 1 Exemplar
- d) die Abschnitts- und Sektorchefs, je 1 Exemplar
- e) die Betriebsschutzstellen gemäss ZSBV, je 1 Exemplar

Weitergehende Zuteilungen sind nicht möglich.

Die «Zivilschutz-Information» gehört zu den Dienstakten der Funktionsträger und ist in deren Zivilschutzbüchlein einzutragen.

III

Beiliegend lassen wir Ihnen ein Formular für die Bestellung der in Ihrem Kanton benötigten Anzahl von Exemplaren der «Zivilschutz-Information» zugehen. Wir ersuchen Sie, uns das Formular ausgefüllt bis zum 28. Februar 1970 zurückzusenden.

Nr. 147 vom 28. Januar 1970

Leitung der Sektion «Ausbildung und Katastrophenhilfe»

Wir erlauben uns, Sie von folgender personeller Aenderung bei unserem Amte in Kenntnis zu setzen: Herr Robert Forrer, Chef unserer Sektion «Ausbildung und Katastrophenhilfe», sieht sich auf dringenden ärztlichen Rat veranlasst, auf eine Weiterführung seiner Tätigkeit zu verzichten. Angesichts des ernsten Gesundheitszustandes von Herrn Forrer hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement auf den 31. Januar 1970 seiner vorzeitigen Pensionierung zugestimmt.

Als verantwortlicher Leiter der Zivilschutzausbildung auf Bundesebene hatte Herr Forrer anspruchsvolle, schwierige und vielfältige Aufgaben zu erfül-

len. Das ungewöhnliche Mass an Arbeitsbelastung und Verantwortung ist nun bei ihm leider nicht ohne Folgen geblieben.

Wir bedauern sehr, dass sich Herr Forrer allzufrüh und nach verhältnismässig kurzer Zeit der Amtsausübung aus gesundheitlichen Gründen von seinem Posten zurückziehen muss. Für seine unermüdliche, stets von fundierter Sachkenntnis getragenen Tätigkeit im Dienste des Zivilschutzes gebührt Herrn Forrer unser Dank und unsere Anerkennung. Unsere besten Wünsche begleiten ihn in seinen neuen Lebensabschnitt.

Die durch das Ausscheiden von Herrn Forrer frei werdende leitende Stelle wird demnächst zur Wiederbesetzung ausgeschrieben. Bis zur Wahl eines Nachfolgers übernimmt Herr J. Sidler, Chef des Dienstzweiges «Kurse», stellvertretungsweise die Leitung der Sektion «Ausbildung und Katastrophenhilfe».

Ortschefrapporte 1969

Kulturgüterschutz

(Kurzvortrag)

Schon im Bundesgesetz vom 23. März 1962 über den Zivilschutz ist als eine «Massnahme des Zivilschutzes» in Artikel 2, Ziffer 2 i der

Schutz lebenswichtiger und kulturell wertvoller Güter

aufgeführt und der abgeänderte, heute gültige Text des Artikels 87 dieses Gesetzes lautet: «Der Kulturgüterschutz wird geregelt durch das Bundesgesetz vom 6. Oktober 1966 über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten».

Dieses neue Gesetz wurde zusammen mit einer Vollziehungsverordnung des Bundesrates auf den 1. Oktober 1968 in Kraft gesetzt. Gesetz und Verordnung finden sich in Nr. 9 des Mitteilungsblattes des Zivilschutzes wie auch im letzten Nachtrag zum Ortschefbehelf.

Das Kulturgüterschutzgesetz wurde seinerseits «in Ausführung des Haager Abkommens vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, der Ausführungsbestimmungen dieses Abkommens und des zugehörigen Protokolls» erlassen, wie es im Ingress heisst.

Damit habe ich Ihnen die gesetzliche Basis unserer Materie umschrieben, und ich werde Ihnen im folgenden einen Ueberblick über die wichtigsten Vorschriften geben, insbesondere wo diese die Domäne des *Ortschefs* beschlagen.

Beim Durchlesen des Gesetzes und der Vollziehungsverordnung für den Kulturgüterschutz fällt vor allem auf, dass in unserem Land ein Weg beschritten worden ist, auf dem der Kulturgüterschutz bewusst und untrennbar mit dem Zivilschutz verbunden wird, dass aber die Administration — bei starker Betonung des Föderalismus — völlig getrennt verläuft: Kulturgüterschutz: Gemeinde—Kanton—Eidgenössisches Departement des Innern

Zivilschutz: Gemeinde—Kanton—Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

Auf jeder Stufe bedarf es — besonders im heutigen Zeitpunkt des Aufbaus — der uneingeschränkten Initiative beider Partner, die ja von Gesetzes wegen

gemeinsame Aufgaben lösen müssen: Einbau in den Zivilschutzplan (VO Art. 13, hier ist sogar der Ortschef *expressis verbis* genannt!), Rekrutierung und Einteilung des Personals (VO Art. 11, 1) und Ausbildung (VO Art. 12, vgl. Dienstordnung des BZS vom 20. Dezember 1968, Ziff. 3.11, lit. k).

Grundlegend ist Artikel 4 Abs. 1 des Kulturgüterschutzgesetzes:

«Der Vollzug dieses Gesetzes obliegt grundsätzlich den Kantonen. Sie bezeichnen eine dafür zuständige Stelle.» Die Kantone sind in der Organisation dieser kantonalen Verwaltungsinstanz für den Kulturgüterschutz völlig frei. Sie können diese Amtsstelle irgendwo in ihrer Verwaltung eingliedern, selbständig oder einem andern Amte unterstellt. Denkbar ist die Angliederung bei der kantonalen Zivilschutzstelle oder beispielsweise bei der Erziehungsdirektion. Sei dem, wie man will, wichtig bleibt die oben gestellte Forderung, dass der für den Zivilschutz im Kanton Verantwortliche die Zusammenarbeit mit dem Kulturgüterschutz sucht und sicherstellt.

Das Pflichtenheft dieser kantonalen Kulturgüterschutzstelle wird nicht unbedeutend sein:

Neben umfangreichen Aufgaben, die uns hier aber weniger interessieren, wie die

- Aufstellung von Listen der Kulturgüter, auf welche das Gesetz anwendbar ist,
 - Anlage von Sicherstellungsdokumenten für unbewegliche Kulturgüter,
 - Erstellung von Sicherheitskopien von beweglichen Kulturgütern,
 - Einreichung von Vorschlägen an das EDI betr. Zuerkennung des Kulturgüterschildes usw.
- wird es sich auch mit
- baulichen Massnahmen zum Schutze der Kulturgüter (VO Art. 21 bis 24) und
 - Organisation und Gliederung des Personals des Kulturgüterschutzes (VO Art. 7 bis 11)

befassen müssen.

Mit den *baulichen Massnahmen* hat der Ortschef direkt nichts zu tun. Die Projekte gehen über den Kanton zum EDI und erst dort wird die Brücke zum Zivilschutz geschlagen:

nach Ziff. 3.9 lit. n der Dienstordnung des BZS vom 20. Dezember 1969 obliegt der Unterabteilung «Bauliche Massnahmen» des BZS u. a. «die Prüfung der Projekte des Kulturgüterschutzes».

Hingegen interessieren den Ortschef die Schutzräume für bewegliche Kulturgüter oder bauliche Massnahmen zum Schutze der unbeweglichen Kulturgüter im Zusammenhang mit seinem Zivilschutzplan. Er wird schon im Stadium des Projektierens Einsicht in die Pläne nehmen, wenn nötig raten oder gar den Anstoss zu Projekten geben, wenn es nötig werden sollte.

Die Verflechtung Kulturgüterschutz—Zivilschutz zeigt sich ganz besonders beim *Personal*. Hier ist zuerst der Artikel 8 der VO zu erwähnen:

«Das Personal des Kulturgüterschutzes sowie die mit Aufgaben der Ueberwachung beauftragten Personen gelten als Personal im Sinne von Artikel 15 des Haager Abkommens vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Es trägt gemäss Artikel 17 Absatz 2 b und c dieses Abkommens sowie Artikel 21 der Ausführungsbestimmungen zum Abkommen eine Armbinde mit dem Kultur-

güterschutzzeichen und besitzt eine Identitätskarte, die von den Kantonen ausgestellt ist.»

Damit genießt dieses Personal einen besondern völkerrechtlichen Schutz; «fällt es in die Hände der Gegenpartei, so darf es seine Tätigkeit weiter ausüben, sofern das von ihm betreute Kulturgut ebenfalls in die Hände der Gegenpartei gefallen ist».

Ungeachtet dieses Sonderstatuts besteht aber das Personal für den Kulturgüterschutz rechtlich ausschliesslich aus *Schutzdienstpflichtigen* gemäss Art. 34 bis 45 des Zivilschutzgesetzes. «Wer schutzdienstpflichtig ist, kann zur Uebernahme von Aufgaben des Kulturgüterschutzes verpflichtet werden», lautet Artikel 8 Abs. 2 des Kulturgüterschutzgesetzes. Die Einteilung dieser Schutzdienstpflichtigen erfolgt in den *Betriebsschutz* oder die *Hauswehr* des dazugehörigen Baudenkmals, Museums oder Bibliothek- und Archivbetriebes. Diese BSO und Hauswehren «gliedern sich nach den Richtlinien des EJPD vom 1. Januar 1963 über die Gliederung und Sollbestände der Schutzorganisationen» (VO Art. 9, Abs. 1).

Abs. 3 dieses Art. 9 der VO fährt fort:

«Im Hinblick auf den Kulturgüterschutz bezeichnen die Kantone

- a) die Betriebe, die zur Bildung von Schutzorganisationen verpflichtet sind;
- b) die nichtorganisationspflichtigen Gemeinden, die zur Bildung von Hausfeuerwehren verpflichtet sind.»

Artikel 11 der VO verpflichtet das BZS, im Einvernehmen mit der Abteilung für Kultur, Wissenschaft und Kunst des EDI das Personal des Kulturgüterschutzes nach besondern Richtlinien zu erfassen und einzuteilen. Diese Richtlinien bestehen heute noch nicht.

Wo somit Kulturgüter, Museen, Bibliotheken, Archive und Denkmalzentren bestehen, wird sich der Ortschef bei der Einteilung des ohnehin immer zu geringen Bestandes an Schutzdienstpflichtigen überlegen müssen, wen er entsprechend seiner beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit für die BSO oder Hauswehren des Kulturgüterschutzes reservieren will. Zudem wird er sich, wenn ihm eine Gemeinde mit besonders viel Kulturgut anvertraut ist, des Artikels 25 Abs. 3 des Zivilschutzgesetzes erinnern: «Die Kantone können Gemeinden mit grossen Schutzorganisationen die Erweiterung durch zusätzliche Dienste vorschreiben...» Auf dieser Grundlage könnte ein besonderer Dienst «Kulturgüterschutz» in der betreffenden OSO geschaffen werden.

Nicht nur die Rekrutierung und Einteilung, auch die *Ausbildung* gehört in das Pflichtenheft des Ortschefs. Das BZS hat hier die Brücke schon in seiner Dienstordnung vom 20. Dezember 1968 Ziff. 3.11 lit. k geschlagen: «Der Sektion ‚Ausbildung und Katastrophenhilfe‘ obliegt u. a. die Mithilfe bei der Ausbildung der Angehörigen des Kulturgüterschutzes». Im Kulturgüterschutzgesetz Art. 5 Abs. 3 ist festgehalten:

«Der Bund... sorgt für die Einheitlichkeit der fachtechnischen Ausbildung des Personals des Kulturgüterschutzes durch die Kantone». Art. 12 der VO lautet: «Die Abteilung für Kultur, Wissenschaft und Kunst des EDI regelt im Einvernehmen mit dem BZS die fachtechnische Ausbildung des Personals des Kulturgüterschutzes».

Auf diesem Gebiet bestehen noch keine weiteren Vorschriften. Wir stehen hier — wie überhaupt auf

dem Gebiet des Kulturgüterschutzes — noch ganz am Anfang des Aufbaus.

So gilt auch hier, was wir im Zivilschutz seit Ende des Zweiten Weltkrieges erlebt haben: Alle Beteiligten guten Willens müssen mit Initiative und eigenen Ideen selbst Hand anlegen. Das Fehlen besonderer, einschlägiger Vorschriften dispensiert niemanden vom Handeln. Mit Recht sagt Artikel 5 der VO u. a. «Der Respektierung von Kulturgütern dienen... die *Aufklärung* der Bevölkerung, der Zivilschutzorganisationen und der Armee über die Grundsätze des Kulturgüterschutzes sowie die Verbreitung des Wortlautes des Abkommens und seiner Ausführungsbestimmungen».

Helfen auch Sie an Ihrem Platz mit! Sie haben jetzt gesehen, wie verknüpft beide Teile sind; ja auf dem Gebiet der Dienstleistungen beruht der Kulturgüterschutz auf der Schutzdienstpflicht des Zivilschutzes und dessen Organisation ist ein Teil des Zivilschutzes. Wesentliche Teile des Zivilschutzgesetzes sind auch auf diesem Gebiet anwendbar. (Vgl. Art. 8 Abs. 3 des Kulturgüterschutzgesetzes.)

Circulaires aux offices cantonaux de la protection civile

No 144 du 16 janvier 1970

Instruction aux services d'administration et des subsistances

Pour cette année, nous avons prévu les cours suivants destinés aux services d'administration et des subsistances:

1. Cours pour instructeurs cantonaux du service d'administration

cours VI

pour participants des langues allemande, française et italienne

du 27 avril au 2 mai 1970 à Berne.

Le nombre des participants sera inscrit préalablement sur la formule «Liste des participants» d'ici au 10 février 1970. Ensuite, il ne faudra inscrire que les participants qui ont suivi, avec succès, le cours cantonal pour comptables et qui seront désignés à être instruits ultérieurement en qualité de comptables.

2. Cours de base pour comptables venus de l'armée

Vu l'article 69, 4e alinéa, de la loi fédérale sur la protection civile, nous avons l'intention d'organiser, avec l'accord de l'armée et de l'Association suisse des fourriers, les cours d'introduction suivants de courte durée:

cours I

pour les participants des langues allemande, française et italienne

du 10 au 12 juin 1970 à Berne

cours II

pour participants des langues allemande, française et italienne

du 4 au 6 novembre 1970 à Berne

Peuvent être convoqués à ces cours les participants incorporés dans la protection civile et prévus en qualité de comptables, à savoir:

- fourriers et
- comptables des services complémentaires, qui ont suivi une école de fourriers.

Ne doivent pas être convoqués à ces cours les autres comptables de l'armée, qui n'ont suivi aucune école de fourriers. Ces derniers doivent être instruits dans des cours cantonaux de 6 jours pour comptables. *Inscriptions sur la formule «Liste des participants»:* pour le cours I: d'ici au 15 avril 1970 pour le cours II: d'ici au 15 septembre 1970

3. Cours d'instructeurs cantonaux pour instructeurs de chefs de cuisine

Grâce à l'amabilité du Commissariat central des guerres, nous sommes à même d'organiser le premier cours de ce genre comme il suit:

cours I
pour participants des langues allemande, française et italienne
du 7 au 11 décembre 1970 à Berne

Comme participants entrent en ligne de compte seules des personnes qualifiées, telles que chefs de cuisines militaires, maîtres spécialisés d'écoles des arts et métiers pour le service de cuisine, institutrices d'écoles ménagères, personnel enseignant d'écoles hôtelières, hôteliers ou restaurateurs aptes à l'instruction.

En principe, nous réserverons une place pour chaque canton et chaque région de langue. Les participants doivent être inscrits, d'ici au 1er octobre 1970, sur la formule «Liste des participants».

No 145 du 27 janvier 1970

Taxe d'exemption du service militaire, avis concernant les hommes astreints aux obligations militaires qui, en 1969, ont accompli au moins 6 jours de service dans la protection civile

1. Comme il est avéré que la plupart des personnes, sujettes à la fois à la taxe d'exemption du service militaire et à l'obligation de servir dans la protection civile qui, au cours d'une année, ont servi dans la protection civile ou porté des secours urgents, ne pouvaient pas bénéficier de la réduction de ladite taxe (art. 76, 1er al. OPC) parce que la durée de leur activité de protection civile n'atteignait pas le minimum légal de 12 jours, le Conseil fédéral a décidé, par arrêté du 15 décembre 1969, de modifier son ordonnance.

Afin de tenir plus largement compte de la collaboration de ces personnes, en particulier lorsqu'elles agissent en qualité de chefs, spécialistes ou instructeurs, le Conseil fédéral a résolu de modifier l'article 76, 1er alinéa OPC, en abaissant à 6 jours au moins la durée de service donnant droit à une réduction de moitié et en fixant à 12 jours au moins la durée de service autorisant une exonération totale de la taxe.

Entré en vigueur le 19 décembre 1969, l'arrêté précité, dont la publication sera faite dans le numéro 11 de la FOPC, modifie le premier alinéa des articles 76 et 77 de l'ordonnance comme il suit:

Art. 76, 1er al.

¹ L'homme astreint aux obligations militaires qui a servi dans la protection civile ou porté des secours urgents pendant six jours au moins au cours d'une année civile doit payer la moitié seulement de la taxe calculée pour cette année d'après les prescriptions de la loi fédérale du 12 juin 1959 sur la taxe d'exemption du service militaire. Il est exonéré de la taxe s'il a accompli un tel service pendant douze jours au moins au cours d'une année civile.

Art. 77, 1er al.

¹ Au début de chaque année, les communes signalent à l'administration de la taxe militaire de leur canton les hommes astreints aux obligations militaires qui étaient incorporés dans un de leurs organismes de protection civile ou dans un corps indépendant de sapeurs-pompiers de guerre et qui, ayant servi dans la protection civile ou porté des secours urgents au cours de l'année précédente, ont totalisé soit au moins 6 jours, soit au moins 12 jours de service entrant en considération selon l'article 76, 3e alinéa.

Ces nouvelles dispositions seront applicables pour la première fois aux taxes de l'année 1969.

2. Seront annoncés les hommes astreints aux obligations militaires (militaires, complémentaires, hommes inaptes au service) des classes 1919 à 1949, qui, *étant incorporés* dans un organisme de protection ou dans un corps indépendant de sapeurs-pompiers de guerre, ont accompli en 1969 *au moins 6 jours de service* dans la protection civile. Entrent en ligne de compte tous les jours de service accomplis dans des cours, exercices ou rapports, *à la condition toutefois que ces prestations de service aient été indemnisées selon l'article 46 LPC et selon l'arrêté du Conseil fédéral, du 24 octobre 1967, concernant les degrés de fonctions et les indemnités dans la protection civile.*

3. Les formules d'avis No 408.241 qu'il faut établir en vertu de l'article 77, 2e alinéa OPC, peuvent être commandées à l'Office fédéral de la protection civile. Comme il est impossible, en raison du stock élevé de ces formules, d'en prévoir la réimpression pour le moment, les communes voudront bien rectifier d'elles-mêmes, la remarque portée par renvoi au bas de la formule, en remplaçant «au moins 12 jours» par «*au moins 6 jours*».

4. Les communes établiront la formule No 408.241 pour chaque personne qui, remplissant les conditions du chiffre 2 ci-dessus, était domiciliée sur leur territoire, le 31 décembre 1969.

Jusqu'au 16 février 1970 au plus tard, elles enverront ces formules dûment remplies, en un exemplaire, à l'office cantonal de la protection civile qui les transmettra ensuite, sans retard, à l'administration de la taxe militaire de son canton.

5. Nous signalons, en outre, que l'arrêté précité est également applicable aux personnes astreintes aux obligations militaires qui, incorporées dans un organisme de protection d'établissement régi par l'OPCE, ont accompli dans l'année du service de protection civile; le principe relatif à la réduction de la taxe prime la disposition actuelle de l'article 15 OPCE dont la modification sera faite à la prochaine occasion.

En conséquence, les *offices de protection d'établissements selon l'OPCE* voudront bien remplir les formules 408.241 pour les hommes astreints aux obligations militaires de leur organisme de protection qui ont accompli au moins 6 jours de service dans la protection civile, et les envoyer en un exemplaire, *jusqu'au 16 février 1970 au plus tard*, directement à l'administration de la taxe militaire du canton de domicile de l'intéressé.

No 146 du 28 janvier 1970

«Informations de la protection civile»

I

Les actes législatifs et autres publications importantes qui concernent la protection civile sont publiés dans la *Feuille officielle* et sont ainsi accessibles à tous les intéressés.

L'office fédéral répond en outre, au fur et à mesure des cas d'espèce, à des questions de droit qui, le plus souvent, présentent un intérêt et ont une importance pratique pour tous les cantons et pour toutes les communes. Il est également établi, de temps à autre, une documentation qui permettra aux personnes chargées de l'information de se créer et de compléter une collection de textes destinés à cette fin.

Les documents concernant ces deux dernières formes d'informations font l'objet d'un recueil établi selon le système de feuilles mobiles. Ce recueil intitulé «Informations de la protection civile» est livrable en langues allemande, française et italienne.

Les destinataires des «Informations de la protection civile» recevront, à intervalles de quelque trois à quatre mois, d'autres feuilles mobiles.

II

Ont droit au recueil «Informations de la protection civile»:

- a) les offices cantonaux de la protection civile, en un nombre d'exemplaires à déterminer par eux,
- b) les communes tenues de créer des organismes de la protection civile, en un exemplaire,
- c) les chefs locaux, en un exemplaire,
- d) les chefs d'arrondissement et de secteur, en un exemplaire à chacun d'eux,
- e) les offices de protection d'établissements selon l'OPCE, en un exemplaire à chacun d'eux.

Il est impossible d'attribuer des exemplaires à un plus grand nombre de destinataires.

Le recueil des «Informations de la protection civile» fait partie des documents de service destinés aux titulaires de fonction et doit être inscrit dans le livret de service de la protection civile.

III

Nous vous faisons parvenir ci-annexée une formule de commande du nombre d'exemplaires des «Informations de la protection civile qui sont indispensables à votre canton. Nous vous prions de nous renvoyer la formule remplie d'ici au 28 février 1970.

No 147 du 28 janvier 1970

Direction de la section Instruction et secours en cas de catastrophes

Nous nous permettons de vous faire part de la mutation suivante au sein du personnel de notre office:

M. Robert Forrer, chef de la section Instruction et secours en cas de catastrophes, se voit contraint de renoncer, sur le conseil catégorique du médecin, à poursuivre son activité. En raison de la gravité de son état de santé, le Département fédéral de justice et police l'a autorisé à faire valoir prématurément ses droits à la retraite, avec effet au 31 janvier 1970. En qualité de chef de l'instruction de la protection civile à l'échelon fédéral, M. Forrer a dû assumer des tâches exigeantes, difficiles autant que diverses. Malheureusement le surcroît inhabituel de travail et le poids des responsabilités n'ont pas été sans affecter sa santé.

Nous regrettons vivement que M. Forrer doive déjà quitter son poste sans qu'il lui ait été donné de mettre à profit ses réelles qualités au-delà d'un temps relativement bref. Mais par son ardeur inlassable au service de la protection civile et les connaissances approfondies dont il nous a fait bénéficier, M. Forrer a bien mérité notre gratitude; nos vœux les plus sincères — pour sa santé en particulier — l'accompagnent dans cette nouvelle étape de sa vie.

La place ainsi laissée vacante sera mise prochainement au concours. Jusqu'à la nomination d'un successeur. M. Jakob Sidler, chef du service des cours, assumera en remplacement la direction de la section Instruction et secours en cas de catastrophes.

Rapports avec les chefs locaux en 1969

Protection des biens culturels

(Bref exposé)

Dans la seule loi fédérale du 23 mars 1962 sur la protection civile, le législateur a cité, à l'article 2, chiffre 2, lettre i,

la protection de biens d'importance vitale et de valeurs culturelles

parmi les «mesures de protection et de sauvetage de la protection civile». Le texte modifié, aujourd'hui valable, de l'article 87 de cette loi a la teneur suivante: «La protection des biens culturels est réglée par la loi fédérale du 6 octobre 1966 sur la protection des biens culturels en cas de conflits armés».

Cette nouvelle loi a été mise en vigueur, avec l'ordonnance d'exécution du Conseil fédéral, le 1er octobre 1968. Loi et ordonnance ont été publiées dans le numéro 9 de la *Feuille officielle de la protection civile* comme aussi au dernier complément au recueil «Documents pour le chef local».

La loi sur la protection des biens culturels a été promulguée en temps utile sur le «vu de la convention de la Haye du 14 mai 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé, du règlement d'exécution de ladite convention et du

protocole annexe» comme cela est précisé au préambule.

Ainsi vous avons-nous exposé le fondement légal de notre objet; nous vous donnons ci-après un aperçu des plus importantes prescriptions qui concernent en particulier la sphère des attributions du *chef local*. Après avoir lu en entier la loi et l'ordonnance d'exécution sur la protection des biens culturels, nous remarquons avant tout que, dans notre pays, nous nous sommes engagés dans une voie pour laquelle la protection des biens culturels a été liée sciemment et de manière inséparable à la protection civile, mais que l'administration (avec une forte accentuation du fédéralisme) suit son propre chemin, à savoir:

Protection des biens culturels: commune—canton—Département fédéral de l'intérieur

Protection civile: commune—canton—Département fédéral de justice et police

Dans la situation actuelle donc, et vu spécialement la période d'instauration et de développement que nous vivons, nous devons préciser qu'à chaque échelon, sur l'initiative illimitée des deux partenaires, il faut accomplir, de par la loi, des tâches communes: inclure au plan de la protection civile le plan technique d'intervention (OE, art. 13: ici, le chef local est même expressément nommé comme tel!), appeler et incorporer le personnel (OE, art. 11, 1er al.) et l'instruire (OE, art. 12 et cf. les «Prescriptions sur les attributions de l'OFPC du 20 décembre 1968, paragraphe 3.11, lettre k).

Fondamental est l'article 4, 1er alinéa, de la loi sur la protection des biens culturels:

«L'exécution de la présente loi incombe en principe aux cantons. Ceux-ci désignent à cet effet un office compétent». Les cantons ont toute latitude d'organiser cet office cantonal pour administrer la protection des biens culturels. Ils peuvent incorporer cet office n'importe où dans leur administration générale, comme ils ont toute latitude de le constituer de manière autonome ou de le subordonner à un autre office qui existe déjà. On peut imaginer de le rattacher à l'office cantonal de la protection civile ou, par exemple, à la direction de l'Education publique. Quoi qu'il en soit, ce qui demeure important, c'est l'exigence légale précitée qui veut que le responsable de la protection civile dans le canton cherche et assure la collaboration avec les organes de la protection des biens culturels.

Le cahier des charges de cet office cantonal de la protection des biens culturels ne sera pas sans importance:

Outre les vastes tâches qui nous intéressent moins, telles que

- l'établissement de listes de biens culturels auxquels s'applique la loi,
- la préparation de collections de documents pour les biens culturels immobiliers,
- les reproductions photographiques des biens culturels meubles,
- l'envoi, au Département fédéral de l'intérieur, de propositions destinées à obtenir l'écusson des biens culturels, etc.

on devra s'occuper en particulier aussi

- des constructions pour la protection des biens culturels (OE, art. 21 à 24) et

— de l'organisation et de la composition du personnel de cette protection (OE, art. 7 à 11).

Le chef local n'a rien à faire directement avec les *constructions*. Les projets passeront par le canton pour aboutir au Département fédéral de l'intérieur et ce n'est que de là que le pont sera jeté jusqu'à la protection civile.

En vertu du paragraphe 3.9, lettres o, des «Prescriptions sur les attributions» de l'OFPC du 20 décembre 1969, il incombe à la subdivision «Mesures de construction» entre autres tâches «l'examen des projets, du point de vue de la technique des constructions, de la protection des biens culturels». En revanche, les abris pour biens culturels mobiles ou les mesures de constructions destinées à protéger les biens culturels immeubles en rapport avec le plan de la protection civile intéressent le chef local. A l'état de projet déjà, ce chef examinera les plans, donnera des conseils si besoin est, ou même mettra des projets en branle lorsqu'il le faudrait.

L'interdépendance de la protection des biens culturels et de la protection civile apparaît tout particulièrement à propos du *personnel*. En effet, il faut d'abord citer l'article 8 de l'ordonnance d'exécution:

«Le personnel de la protection des biens culturels, ainsi que les personnes chargées de fonctions de contrôle, sont considérés comme personnel au sens de l'article 15 de la convention*, conformément à l'article 17, 2e alinéa, lettres b et c, de la convention* et à l'article 21 de son règlement d'exécution, ce personnel porte un brassard marqué du signe distinctif de la protection des biens culturels et possède une carte d'identité délivrée par les cantons.»

* Convention de La Haye du 14 mai 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé. Ainsi, ce personnel est protégé par le droit international public, comme le précise l'article 15 de la Convention de La Haye: «... s'il tombe aux mains de la Partie adverse, doit (...) pouvoir continuer à exercer ses fonctions lorsque les biens culturels dont il a charge tombent également entre les mains de la Partie adverse».

Sans égard pour ce statut spécial, le personnel de la protection des biens culturels est constitué, en droit, exclusivement de *personnes astreintes à servir dans la protection civile* en vertu des articles 34 à 45 de la loi sur la protection civile. «Celui qui est tenu de servir dans la protection civile peut être astreint à remplir des tâches de protection des biens culturels» précise l'article 8, 2e alinéa, de la loi sur la protection des biens culturels. Ces personnes astreintes à servir dans la protection civile sont incorporées dans un *organisme de protection d'établissement* ou dans la *garde d'immeuble* du monument historique, du musée, de la bibliothèque ou du dépôt d'archives, chacune des choses dont il s'agit. Les organismes de protection d'établissements et les gardes d'immeuble «sont régis par les directives du Département fédéral de justice et police du 1er janvier 1963 concernant la procédure d'organisation et les effectifs réglementaires» (OE, art. 9, 1er al.).

Le 3e alinéa de cet article 9 de l'ordonnance d'exécution précise:

«Les cantons désignent suivant les nécessités de la protection des biens culturels,

a) les établissements tenus de créer un organisme de protection;

b) les communes qui, sans être tenues de créer un organisme local de protection, doivent créer des gardes d'immeuble.»

L'article 11 de ladite ordonnance engage l'Office fédéral de la protection civile à «appeler» et à incorporer le personnel de la protection des biens culturels suivant des directives spéciales de cet office à établir avec l'accord de la division de la culture, des sciences et des arts du Département fédéral de l'intérieur. Or, ces directives n'existent pas encore aujourd'hui.

Là où il y a donc des biens culturels: musées, bibliothèques, archives et «centres monumentaux», le chef local devra réfléchir, avant d'incorporer des effectifs toujours trop faibles en personnes astreintes à servir dans la protection civile, à qui, selon sa formation professionnelle ou son activité, il veut réserver les organismes de protection d'établissements ou les gardes d'immeuble de la protection des biens culturels. De plus, s'il est familiarisé avec une commune ayant particulièrement de nombreux biens culturels, il se rappellera l'article 25, 3e alinéa, de la loi sur la protection civile: «Les cantons peuvent ordonner aux communes qui ont de grands organismes de protection de créer des services supplémentaires et autoriser celles qui en ont de petits à réduire le nombre des services». C'est ainsi qu'un nouveau service spécial «Protection des biens culturels» pourrait être créé dans l'organisme de protection d'établissement dont il s'agit.

Non seulement le recrutement et l'incorporation, mais aussi *l'instruction* fait partie du cahier des charges du chef local. L'Office fédéral de la protection civile a déjà prévu dans ses «Prescriptions sur les attributions» du 20 décembre 1968, paragraphe 3.11, lettre *k*, ceci: «Sont notamment de la compétence de la section 4 «Instruction et secours en cas de catastrophes»:

«*k*) la contribution à l'instruction du personnel de la protection des biens culturels».

La loi sur la protection des biens culturels dispose, à l'article 5, 3e alinéa, que: «...; elle (la Confédération) veille à ce qu'ils (les cantons) donnent, au personnel de la protection des biens culturels, une instruction technique uniforme». Et l'article 12 de l'ordonnance d'exécution a la teneur suivante: «En accord avec l'office fédéral, la division de la culture, des sciences et des arts, règle l'instruction technique du personnel de la protection des biens culturels.»

Il n'existe pas encore d'autres prescriptions à cet égard. Comme d'ailleurs dans le domaine de la protection des biens culturels, nous sommes encore tout au début de notre travail d'organisation.

Nous répéterons ce que nous avons déjà dit pour la protection civile depuis la Seconde Guerre mondiale: Tous les intéressés de bonne volonté doivent mettre eux-mêmes la main à la pâte, en faisant preuve d'initiative et avec leurs propres idées. L'absence de prescriptions spéciales en la matière ne dispense personne de l'action. A juste raison, l'article 5 de l'ordonnance d'exécution affirme entre autres choses: «...servent au respect des biens culturels... *l'information* de la population, des organismes de la protection civile et de l'armée sur les principes de la protection des biens culturels, ainsi que la diffusion

du texte de la convention et de son règlement d'exécution».

Comme on le voit, les deux parties sont intimement liées et, surtout en ce qui concerne le service à accomplir, la protection des biens culturels se fonde sur l'obligation de servir dans la protection civile. L'organisation de la protection des biens culturels fait donc partie intégrante de la protection civile, puisque certains principes essentiels s'appliquent également au domaine des biens culturels. (Cf. art. 8, 3e al., de la loi sur la protection des biens culturels.)

Circolari agli Uffici cantonali della protezione civile

N. 144 del 16 gennaio 1970

Istruzioni al servizio d'amministrazione ed a quello di sussistenza

Per il corrente anno sono previsti i seguenti corsi nel servizio d'amministrazione e in quello di sussistenza:

1. *Corsi per istruttori cantonali del servizio d'amministrazione*

Corso VI

per partecipanti di lingua tedesca, francese e italiana dal 27 aprile al 2 maggio 1970 a Berna

La notifica preliminare del numero dei partecipanti dev'essere fatta su modulo «Elenco dei partecipanti» entro il 10 febbraio 1970; saranno annunciati solo partecipanti che abbiano frequentato con successo un corso cantonale per contabili e siano poi adibiti all'istruzione di contabili.

2. *Corsi di base per contabili provenienti dall'esercito*

Giusta l'art. 69, cpv. 4 LPC, intendiamo tenere, d'intesa con l'esercito e con l'Associazione svizzera dei furieri, ai fini d'un riadattamento unitario di breve durata, i seguenti corsi:

Corso I

per partecipanti di lingua tedesca, francese e italiana dal 10 al 12 giugno 1970 a Berna

Corso II

per partecipanti di lingua tedesca, francese e italiana dal 4 al 6 novembre 1970 a Berna

Possano essere convocati a questi corsi:

— i furieri e

— i contabili SC che hanno seguito una scuola furieri

incorporati nella protezione civile e previsti per la tenuta della contabilità.

Non saranno invece convocati a tali corsi gli altri contabili dell'esercito che non hanno frequentato alcuna scuola furieri; questi saranno invece istruiti nei corsi cantonali di 6 giorni per contabili.

Notifica su modulo «Elenco dei partecipanti»:

per il corso I: entro il 15 aprile 1970

per il corso II: entro il 15 settembre 1970

3. Corso d'istruttori cantonali per istruttori capicucina

Grazie alla comprensione del Commissariato centrale di guerra, siamo in grado di tenere un primo corso del genere come segue:

Corso I

per candidati istruttori di lingua tedesca, francese e italiana

dal 7 all'11 dicembre 1970 a Berna

Quali partecipanti entrano in considerazione solo persone qualificate, come capicucina militari, maestri-cuochi professionali, maestre di scuole d'economia domestica, personale d'istruzione di scuole alberghiere, albergatori o ristoratori, che risultino idonei all'istruzione.

Di massima viene riservato un posto per cantone e regione linguistica. I partecipanti dovranno essere annunciati entro il 1° ottobre 1970, su modulo «Elenco dei partecipanti».

N. 145 del 27 gennaio 1970

Tassa d'esenzione dal servizio militare, notifica degli uomini sottoposti agli obblighi militari che, nel 1969, hanno prestato almeno 6 giorni di servizio nella protezione civile

1. Poichè s'è avverato che la maggior parte degli uomini sottoposti simultaneamente al pagamento della tassa d'esenzione dal servizio militare e all'obbligo di prestare servizio nella protezione civile i quali, nel corso d'un anno, hanno servito nella protezione civile o recato soccorsi urgenti, non potevano beneficiare della riduzione di detta tassa (art. 76, cpv. 1 OPC) perchè la durata della loro attività di protezione civile non raggiungeva il minimo legale di 12 giorni, il Consiglio federale ha risolto, con decreto del 15 dicembre 1969, di modificare la sua ordinanza.

Al fine di tenere più largamente conto della collaborazione di queste persone, in special modo di quelle occupate come capi, specialisti o istruttori, il Consiglio federale ha disposto di modificare l'articolo 76, capoverso 1 OPC, riducendo a 6 giorni almeno la durata di servizio che dà diritto ad una riduzione di metà della tassa, e fissando a 12 giorni almeno la durata del servizio che ne legittimi l'esonero totale.

Il decreto sopracitato, che è entrato in vigore il 19 dicembre 1969 e che sarà pubblicato nel numero 11 del FIPC, modifica il primo capoverso degli articoli 76 e 77 dell'ordinanza come segue:

Art. 76 cpv. 1

¹ L'assoggettato agli obblighi militari che ha prestato servizio di protezione civile o soccorsi urgenti per un periodo complessivo di almeno 6 giorni durante un anno civile, è tenuto a pagare soltanto la metà della tassa computata per l'anno in questione, conformemente alle disposizioni della legge federale del 12 giugno 1959 su la tassa d'esenzione dal servizio militare. Egli è liberato dalla tassa, se

ha prestato siffatto servizio per un periodo di almeno 12 giorni durante un anno civile.

Art. 77 cpv. 1

¹ All'inizio di ogni anno, i comuni notificano all'amministrazione cantonale della tassa militare gli assoggettati agli obblighi militari incorporati in un loro organismo di protezione o in un corpo di pompieri di guerra indipendenti, che hanno prestato, durante l'anno precedente, complessivamente almeno 6, rispettivamente 12 giorni di servizio di protezione civile o di soccorsi urgenti, computati secondo l'articolo 76 capoverso 3.

Queste nuove disposizioni saranno applicabili, per la prima volta, alle tassazioni dell'anno 1969.

2. Dovranno essere notificati gli obbligati al servizio (militari, complementari, inabili al servizio) delle classi 1919 a 1949 che, *come incorporati* in un organismo della protezione civile o in un corpo di pompieri di guerra indipendenti, abbiano prestato nel 1969 *almeno 6 giorni di servizio* nella protezione civile. Entrano in considerazione per tale computo tutti i giorni di servizio compiuti in corsi, esercizi o rapporti, *a condizione però che tali prestazioni siano state retribuite a norma dell'articolo 46 LPC e conformemente al decreto del Consiglio federale del 24 ottobre 1967 concernente le classi di funzione e le retribuzioni nel servizio della protezione civile.*

3. I moduli di notifica n. 408.241 da allestire in base all'articolo 77, capoverso 2 OPC possono essere richiesti presso l'Ufficio federale della protezione civile. Essendo impossibile prevederne per il momento la ristampa, dato l'elevato numero delle rimanenze, i comuni dovranno essi stessi correggere l'osservazione riportata in basso al modulo, sostituendo «almeno 12 giorni» con «*almeno 6 giorni*».

4. *I comuni* allestiranno il modulo n. 408.241 per ogni persona che, ottemperando alle condizioni del num. 2 più sopra, era domiciliata nel loro territorio il 31 dicembre 1969.

Essi invieranno, *al più tardi entro il 16 febbraio 1970*, tali moduli, debitamente riempiti ed in una copia, all'ufficio cantonale della protezione civile, il quale li trasmetterà poi senza indugio all'amministrazione delle tasse militari del proprio cantone.

5. Significhiamo, inoltre, che il decreto precitato è pure applicabile alle persone sottoposte agli obblighi militari le quali, come incorporate in un organismo di protezione di stabilimento secondo OPCS, abbiano prestato durante l'anno un servizio di protezione civile; il principio relativo alla riduzione della tassa prevale sulla disposizione attuale dell'articolo 15 OPCS, la cui modificazione sarà intrapresa alla prossima occasione.

Gli *uffici di protezione di stabilimento secondo OPCS* allestiranno pertanto i moduli 408.241 per gli uomini sottoposti ad obblighi militari del proprio organismo di protezione e li spediranno in una copia, *al più tardi entro il 16 febbraio 1970*, direttamente all'amministrazione delle tasse militari del cantone di domicilio degli interessati.

N. 146 del 28 gennaio 1970
«Informazioni della protezione civile»

I

Gli atti legislativi e altre pubblicazioni importanti che concernono la protezione civile vengono pubblicati nel «Foglio d'informazione» e sono così accessibili a tutti gli interessati.

L'Ufficio federale della protezione civile risponde inoltre, di volta in volta, a questioni di diritto che, per lo più, presentano un interesse e hanno un'importanza pratica per tutti i cantoni e i comuni. Viene pure allestita, di tempo in tempo, una documentazione che consentirà alle persone incaricate dell'informazione di crearsi e di completare una collezione di testi destinati a questo scopo.

I documenti riguardanti queste due ultime forme d'informazioni fanno oggetto d'una raccolta allestita secondo il sistema di fogli mobili. Questa raccolta, intitolata «Informazioni della protezione civile», è disponibile in tedesco, in francese e in italiano.

I destinatari delle «Informazioni della protezione civile» riceveranno, a intervalli di circa 3 a 4 mesi, altri fogli mobili.

II

Hanno diritto alla raccolta «Informazioni della protezione civile»:

- a) gli uffici cantonali della protezione civile, nel numero di copie da essi stabilito
- b) i comuni tenuti ad istituire un organismo di protezione, 1 copia
- c) i capi locali, 1 copia
- d) i capi circondario e i capisettore, 1 copia ciascuno
- e) gli uffici di protezione di stabilimento secondo OPCS, 1 copia ciascuno

Attribuzioni maggiori non sono possibili.

La raccolta «Informazioni della protezione civile» fa parte degli atti di servizio dei titolari di funzione e deve essere iscritta nel libretto di servizio della protezione civile.

III

In seno alla presente troverete un modulo per l'ordinazione delle copie di «Informazioni della protezione civile» necessarie nel vostro cantone. Vi chiediamo di ritornarcelo, debitamente riempito, entro il 28 febbraio 1970.

N. 147 del 28 gennaio 1970
Condizione della sezione «Istruzione e soccorso in caso di catastrofi»

Ci permettiamo portare alla vostra conoscenza il seguente cambiamento d'ordine personale in seno al nostro Ufficio federale:

Il sig. Roberto Forrer, capo della sezione «Istruzione e soccorso in caso di catastrofi», si vede costretto, dietro urgente consiglio medico, di rinunciare ad un proseguimento della sua attività. Di fronte al serio stato di salute del sig. Forrer, il Dipartimento federale di giustizia e polizia ha aderito al suo pensionamento anticipato per il 31 gennaio 1970.

Come capo responsabile dell'istruzione della protezione civile a livello federale, il sig. Forrer doveva assolvere compiti impegnativi, scabrosi e complessi. Questa ingente, inabitabile mole di lavoro e di responsabilità non gli è stata, purtroppo, scevra di

conseguenze. Siamo veramente spiacenti che il sig. Forrer debba ritirarsi dal suo posto per ragioni di salute, così presto e dopo un esercizio relativamente breve delle sue funzioni. Il sig. Forrer merita il nostro grazie e il nostro riconoscimento per il suo instancabile impegno, sempre esplicito con cognizione di causa, a favore della protezione civile. Lo accompagnano i nostri migliori voti augurali per il suo nuovo squarcio di vita e in special modo per la sua salute.

Il posto di caposezione divenuto vacante con la partenza del sig. Forrer sarà messo prossimamente a concorso. Fino alla nomina di un successore, la condizione della sezione «Istruzione e soccorso in caso di catastrofi» sarà assunta, in sostituzione, dal sig. J. Sidler, capo del servizio «Corsi».

Rapporti dei capi locali 1969

Protezione dei beni culturali

(Breve relazione)

Già nella legge federale del 23 marzo 1962 sulla protezione civile, all'art. 2, num. 2, lettera i, viene citata

la protezione dei beni d'importanza vitale o culturale

tra le «misure di protezione e di salvataggio della protezione civile». L'articolo 87 della stessa legge, modificato ed oggi in vigore recita: «La protezione dei beni culturali è disciplinata dalla legge federale del 6 ottobre 1966 per la protezione dei beni culturali in caso di conflitto armato».

Questa nuova legge, insieme con la sua ordinanza d'esecuzione, è entrata in vigore, per decreto del Consiglio federale, il 1° ottobre 1968. Legge e ordinanza sono state pubblicate nel n. 9 del FIPC, come pure nell'ultimo complemento alla raccolta «Documenti per il capo locale».

La legge per la protezione dei beni culturali è stata a sua volta emanata, come si evince dalla sua introduzione, in base alla Convenzione dell'Aia del 14 maggio 1954 per la protezione dei beni culturali in caso di conflitto armato, al regolamento d'esecuzione della medesima e al suo protocollo.

Esposta così la base legale della materia, giova ricordare le prescrizioni più importanti che toccano in particolare la sfera di competenza del *capo locale*. Spulciando la legge e l'ordinanza per la protezione dei beni culturali, balza subito all'occhio che, nel nostro paese, si è voluto espressamente far temperare, in sostanza, la protezione dei beni culturali con la protezione civile, mentre invece, per quanto concerne l'amministrazione — naturalmente con forte accentuazione del federalismo —, ciascuno segue la propria strada:

Protezione dei beni culturali: Comune—Cantone—Dipartimento federale dell'interno

Protezione civile: Comune—Cantone—Dipartimento federale di giustizia e polizia

Nella situazione attuale dunque, e stante specialmente il periodo d'instaurazione e di sviluppo che viviamo, dobbiamo confidare, ad ogni livello, sull'illimitato spirito d'iniziativa di entrambe le parti che devono espletare, per legge, compiti comuni quali: l'inclusione nel piano della protezione civile (OE art.

13; qui il capo locale è persino nominato espressamente!), la chiamata e l'incorporazione del personale (OE art. 11,1) e l'istruzione (OE art. 12 e Ordinamento del servizio dell'UFPC del 20 dicembre 1968, paragrafo 3.11, lett. k, collaborazione all'istruzione del personale della protezione dei beni culturali).

Basilare risulta al proposito l'art. 4, cpv. 1 della legge per la protezione dei beni culturali:

«L'esecuzione della presente legge incombe, per norma, ai Cantoni. Questi designano per tale scopo un ufficio competente». Nell'organizzazione di questo organo amministrativo cantonale preposto alla protezione dei beni culturali, i Cantoni sono completamente liberi. Essi possono conglobare questo nuovo ufficio nella loro amministrazione generale, come pure possono costituirlo in modo autonomo o sottoporlo ad un altro ufficio già esistente. Sarebbe ad esempio concepibile la sua aggregazione all'ufficio cantonale della protezione civile, oppure alla direzione della pubblica educazione. Comunque sia regolata la cosa cantonalmente, sta di fatto che il responsabile cantonale della protezione civile deve cercare, assicurare e mantenere il contatto con la protezione dei beni culturali.

Il capitolato d'oneri di questo ufficio cantonale della protezione dei beni culturali è tutt'altro che trascurabile:

Oltre ad estesi compiti che non ci toccano direttamente, quali

- la compilazione degli elenchi dei beni culturali in ottemperanza alla legge,
 - l'allestimento di collezioni di documenti per i beni culturali immobili,
 - la riproduzione fotografica dei beni culturali mobili,
 - l'inoltro al DFI di proposte per l'ottenimento del contrassegno di protezione, ecc.,
- ci si dovrà occupare in particolare anche
- delle misure edilizie speciali messe in opera per la protezione dei beni culturali (OE art. 21—24) e
 - dell'organizzazione e composizione del personale della protezione stessa (OE art. 7—11).

Con le *misure edilizie* il capo locale, direttamente, non ha nulla a che fare. I progetti vanno dal Cantone al DFI e solo qui avviene il ponte con la protezione civile. Giusta il paragrafo 3.9, lett. o dell'Ordinamento del servizio dell'UFPC, è alla Sottodivisione 2, Misure di costruzione, che spetta, fra l'altro, «l'esame dei progetti costruttivi dei beni culturali».

Per contro, il capo locale è interessato ai rifugi per i beni culturali mobili, nonchè alle misure edilizie adottate per proteggere i beni culturali immobili, e ciò in rapporto col suo piano di protezione civile. Già in fase di progettazione, egli dovrà prendere visione dei piani e, ove occorra, dare dei consigli o addirittura essere di stimolo, qualora ne risultasse la necessità.

L'implicazione protezione dei beni culturali — protezione civile appare in modo speciale quando si tratta del *personale*. Qui va innanzitutto richiamato l'art. 8 dell'OE che è del seguente tenore:

«Il personale della protezione dei beni culturali, come pure le persone cui è commessa la vigilanza sono considerati come personale ai sensi dell'articolo 15 della convenzione. Giusta l'articolo 17, capoverso 2 b e c della convenzione e l'articolo 21 del suo rego-

lamento d'esecuzione, questo personale porta un bracciale provvisto del contrassegno della protezione dei beni culturali ed è munito di una tessera d'identità fornita dai Cantoni».

Con ciò, il personale della protezione dei beni culturali viene a beneficiare dello statuto internazionale di garanzia per cui, come recita l'art. 15 della Convenzione dell'Aia, «se esso (cioè il personale addetto alla protezione dei beni culturali) e i beni culturali di cui risponde cadono in potere della Parte avversa, deve poter continuare nell'esercizio delle sue funzioni».

Però, giuridicamente, non ostante questo statuto speciale, il personale della protezione dei beni culturali è costituito unicamente da *uomini che sono obbligati a prestare servizio nella protezione civile*, come appare dagli art. da 34 a 45 della legge sulla protezione civile. «Chi è tenuto al servizio nella protezione civile — dice l'art. 8, cpv. 2 della legge per la protezione dei beni culturali —, può essere obbligato a servire nella protezione dei beni culturali». L'incorporazione di questi assoggettati alla protezione civile avviene presso la *protezione di stabilimento* o la *guardia caseggiato* del rispettivo monumento architettonico, artistico o storico, museo o archivio. Questi OPS e queste guardie caseggiato «sono costituiti conformemente alle direttive del Dipartimento federale di giustizia e polizia del 1° gennaio 1963 concernenti la composizione e gli effettivi degli organismi di protezione» (OE art. 9, cpv. 1).

Il cpv. 3 dello stesso art. 9 OE specifica:

«I Cantoni designano, secondo le necessità della protezione dei beni culturali,

- a) gli stabilimenti che sono obbligati ad istituire un organismo di protezione;
- b) i comuni che, pur non essendo astretti alla protezione civile, sono tenuti a costituire delle guardie caseggiato».

L'art. 11 dell'OE fa obbligo all'UFPC, di concerto con la Divisione della cultura, delle scienze e delle arti del Dipartimento federale dell'interno, di disciplinare, mediante direttive speciali, la chiamata e l'incorporazione del personale della protezione dei beni culturali. Queste direttive speciali non esistono ancora nè a perimetro federale nè a quello cantonale.

Comunque, là dove esistono beni culturali, musei, biblioteche, archivi e monumenti storici, il capo locale conscio dei propri doveri dovrà ben riflettere e, procedendo all'incorporazione degli effettivi messi a sua disposizione, effettivi come al solito sempre esigui, stabilire le persone che, per la loro speciale formazione o attività professionale, debbano essere riservate agli OPS o alle guardie caseggiato della protezione dei beni culturali. Oltre a ciò, quando gli sia affidato un comune con beni culturali particolarmente numerosi e importanti, egli dovrà tener presente l'art. 25, cpv. 3 della legge sulla protezione civile, per cui «i cantoni possono ordinare ai comuni che dispongono di grandi organismi di protezione l'istituzione di servizi suppletivi...». Su questa base si potrebbe anche creare, in seno al relativo OLP, un servizio speciale «Protezione dei beni culturali».

Non solo il reclutamento e l'incorporazione, ma anche l'istruzione entra nella sfera delle incombenze del capo locale. A questo proposito, l'UFPC ha già previsto la dovuta congiunzione nel suo Ordinamento del servizio del 20 dicembre 1968 là dove stabilisce, al paragrafo 3.11, lett. k) che la Sezione 4, Istruzione

e soccorso in caso di catastrofi deve occuparsi, fra l'altro, anche della «collaborazione all'istruzione del personale dei beni culturali». La legge per la protezione dei beni culturali dispone, all'art. 5, cpv. 3 che «la Confederazione vigila affinché i Cantoni impartiscano un'istruzione tecnica unitaria al personale della protezione dei beni culturali». L'art. 12 della OE da parte sua è del seguente tenore: «D'accordo con l'UFPC, la Divisione della cultura, delle scienze e delle arti del Dipartimento federale dell'interno regola l'istruzione specialistica del personale della protezione dei beni culturali.»

In questo campo non esistono attualmente altre prescrizioni. Anche qui, come del resto in tutto l'ambito della protezione dei beni culturali, siamo ancora in fase d'instaurazione.

Si ripete un po' quello che abbiamo già vissuto nella protezione civile dalla fine della Seconda Guerra mondiale: Tutti gli interessati di buona volontà devono por mano a ciò che è da fare con intuizione personale ed iniziativa, con idee proprie e saggio accorgimento. La carenza di prescrizioni speciali in materia non dispensa nessuno dall'azione. A giusta

ragione l'art. 5 dell'OE asserisce, fra l'altro: «Al rispetto dei beni culturali contribuiscono... l'informazione della popolazione, degli organismi della protezione civile e dell'esercito sui principi della protezione dei beni culturali, nonché la divulgazione del testo della convenzione e del suo regolamento d'esecuzione».

Come si vede, le due parti sono intimamente collegate e, soprattutto per quanto riguarda la prestazione del servizio, la protezione dei beni culturali si fonda sull'assoggettamento alla protezione civile. L'organizzazione della protezione dei beni culturali è dunque una parte integrante della protezione civile, poichè i lineamenti essenziali della sua legge sono applicabili anche nel campo dei beni culturali. (Vedasi l'art. 8, cpv. 3 della legge per la protezione dei beni culturali).

Pertanto il capo locale veramente sollecito della protezione della popolazione e dei suoi beni più cari, e quindi sensibile alle proprie responsabilità, saprà certo cooperare validamente anche a questo proposito.



Demonstrationsmaterial für Zivilschutzübungen

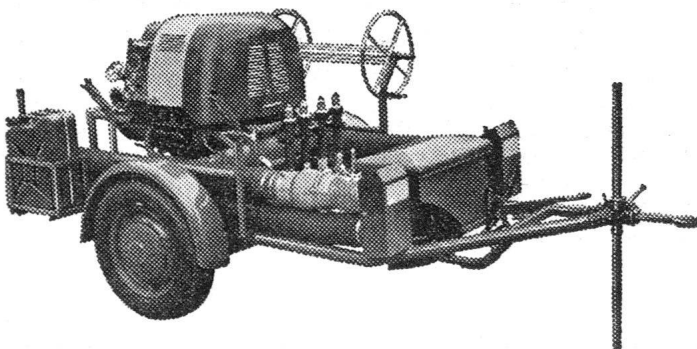
Hans Hamberger AG, 3854 Oberried / Brienersee

- Brandgranaten
- Elektrontöpfe
- Rauchpulver
- Bombeneinschläge
- Signal- und Alarmraketen

Telefon 036 371 01

Motorspritzen

Einheits-Konstruktion und -Fabrikation für Zivilschutz und Feuerwehren



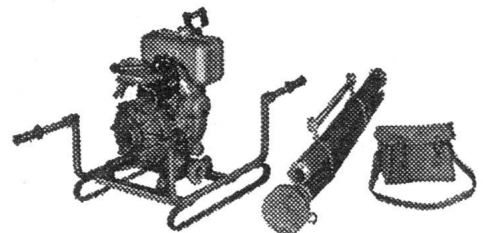
Typ 2

Höchstleistung bei 80 m GMF: zirka 1600 l/min
Motor VW-Industrie, 44 PS bei 3600 T/min

Débit maximum à 80 m EMT: env. 1600 l/min
Moteur VW-industriel, 44 CV à 3600 t/min

Motopompes

Construction et fabrication standard pour protection civile et service du feu



Typ 1

Höchstleistung bei 40 m GMF: zirka 500 l/min
Motor MAG, 8,5 PS bei 3800 T/min

Débit maximum à 40 m EMT: env. 500 l/min
Moteur MAG, 8,5 PS à 3800 t/min

Brun & Co. AG

6244 Nebikon LU
Tel. 062 86 16 12

Contrafeu AG

3110 Münsingen BE
Tel. 031 92 18 33

Faga-Werk AG

8047 Zürich
Tel. 051 52 00 77
3001 Bern
Tel. 031 25 97 11

Gebrüder Vogt

3515 Oberdiessbach BE
Tel. 031 92 55 55